

Königliches Polizei-Präsidium.  
Magdeburg, den 18. März 1890  
Geh. Journ. Nr. 71

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn Baudissin  
Hochgeboren Hier

## **Betrifft den Stand der sozialdemokratischen Bewegung**

*Verfügung vom 25. Februar 1888, Nr. 421 Pr.*

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep C28 Ia Nr. 860, Bd. 2, Bl. 174-183

Euer Hochgeboren beehre ich mich im Anschluss an meinen Bericht vom 6. September (Geh. J. Nr. 40) gehorsamst Folgendes vorzutragen:

Die in den früheren Berichten hervorgehobene fortgesetzte Zunahme der sozialdemokratischen Bewegung im Polizei-Bezirk ist bei den Reichstagswahlen am 20. Februar d. J. in den für den Kandidaten der Sozialdemokraten VON VOLLMAR<sup>1</sup> in München abgegebenen 17.256 Stimmen zahlenmäßig zu Tage getreten.

Auf eine solche Zahl ist selbst von den hiesigen sozialdemokratischen Parteiführern nicht gerechnet, die nur die Abgabe von etwa 16.000 Stimmen erwartet hatten. Es darf als sicher angenommen werden, dass die über diese Zahl von 16.000 abgegebenen Stimmen von Personen herrühren, die an sich der sozialdemokratischen Bewegung fern stehen, aber unzufrieden mit ihrer Lebensstellung sind und eine Besserung ihrer Lage nur von denjenigen Kandidaten erhoffen zu können glauben, der eine radikale Umwälzung der betreffenden Gesellschaftsordnung anstrebt.

Nach dem Verhältnis der Bevölkerungszunahme und unter Zugrundelegung der 11.438 sozialdemokratischen Stimmen bei der Wahl von 1887 hätte sich die Stimmenzahl für VON VOLLMAR in diesem Jahr auf etwa 14.200 steigern müssen bei gleicher Wahlbeteiligung. Die weitere Zunahme der Stimmenzahl ist lediglich der ungemein regen und praktisch geleiteten Agitation, die fast ein Jahr angedauert hat, zuzuschreiben.

Bezüglich der spezielleren Vorbereitung zur Wahl waren von der Sozialdemokratie hierselbst folgende Maßnahme getroffen: Das nach Festsetzung des Wahltages gewählte Komitee, welches aus zielbewussten Sozialdemokraten bestand, sorgte zunächst für genügende Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen in allen Stadtgegenden. Mit denjenigen Wirten, die sich weigerten, ihre Lokale herzugeben, entstanden dabei Differenzen. Einer seitens des Komitees erlassenen öffentlichen Bekanntmachung über diese Weigerung traten die Wirte in einer Versammlung durch den Beschluss entgegen, dass, falls ein Widerruf nicht stattfindet, den Sozialdemokraten jedes Lokal verweigert werden würde. Die Sozialdemokraten lenkten schließlich ein. Hinsichtlich der engeren Agitation legte man ebenso wie bei früheren Wahlen die behördlich abgegrenzten Bezirke zu Grunde. In jedem derselben wurden zur Verbreitung von Flugblättern eine genügende Anzahl Personen bereitgehalten, von welchen einer vom Komitee nähere Instruktionen empfing.

In den fast Tag auf Tag abgehaltenen öffentlichen Wahlversammlungen wurde zur äußersten Tätigkeit angespornt. Der Wahntag wurde als Feiertag proklamiert.

Am 16. Februar 1890 gelangte das angeschlossene Flugblatt in einer Auflage von 20.000 Exemplaren zur Verbreitung. Mittels besonderen Schablonen „Wählt von Vollmar“ wurden an verschiedenen Tagen Trottoirs, Bauzäune und Planken beschrieben. Am Morgen des 19. Februar waren zahlreiche kleine Plakate mit gleicher Inschrift an den Läden und Fenstern der Stadt angeklebt, und am Wahltage selbst wurden in den einzelnen Bezirken Papptafeln mit der Inschrift „Wählt von Vollmar“ herumgetragen.

In den Wahllokalen waren Vertrauensleute aufgestellt, welche die Säumigen mittels besonderer Briefe, denen ein Stimmzettel für VON VOLLMAR beigelegt war, zur Wahl entboten. Hierbei ist es auch vorgekommen, dass ein Bote, als er den Adressaten nicht antraf, darauf aufmerksam machte, dass der Adressat vertreten werden könne, wenn nur der Vertreter den richtigen Namen, Alter und Wohnung des Wählers angebe. Der Versuch wurde gemacht, blieb aber durch die Wachsamkeit des Wahlvorstehers ohne Erfolg.

Die hier bestehenden 23 Vereine sozialdemokratischer Tendenz haben sich bei der Wahl als außerordentlich gute Agitationsmittel bewährt, und in den von ihnen einberufenen öffentlichen Versammlungen wie in den Werkstätten ist für den sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda gemacht mit der Behauptung, dass nur er allein der wahre Interessen-Vertreter sämtlicher Arbeiter sein könne.

Die Agitation bediente sich immer wieder des Kunstgriffes, fortgesetzt Unzufriedenheit zu erwecken und zu erhalten, wozu sich in den Versammlungen der Vereine reichlich Gelegenheit bot bei Besprechung der Löhne, der zu langen Arbeitszeit, der Abschaffung der Akkordarbeit und der ungenügenden Werkstätteneinrichtungen. Hierdurch sind zweifellos eine Menge Anhänger der Sozialdemokratie gewonnen worden. Von dieser Art Anhänger wird man aber nicht ohne weiteres annehmen dürfen, dass sie das sozialdemokratische Programm in allen Punkten unterschreiben. Die weitere Durchbildung dieser sogenannten Indifferenten ist dann auch die Hauptaufgabe der Berufsagitatoren, und für diese Arbeit sind in der letzten Zeit wiederholt Anzeichen hervorgetreten. Es ist dies namentlich in den verschiedenen Fachzeitungen zum Ausdruck gekommen, in den jüngst abgehaltenen Kongressen und Gene-

---

<sup>1</sup> Georg von VOLLMAR (1850-1922): bayerischer Offizier und Beamter, wandte sich Mitte der 1870er Jahre der Sozialdemokratie zu. 1879/80 war er verantwortlicher Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat“. Anfang der 1880er Jahre galt er als einer der Wortführer des linken Parteiflügels. Er vertrat ab Ende der 1880er Jahre zunehmend reformistische Positionen.

ralversammlungen der einzelnen Gewerkschaften, sowie endlich auch durch die Errichtung eines besonderen politischen Vereins hierselbst mit der Bezeichnung „*General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs*“, einer Nachbildung des „*Allgemeinen Ausschusses der Pariser Arbeitsbörse*“. Dieser Verein macht es sich nach dem Statut zur Aufgabe, die gewerkschaftliche Bewegung in Berufskreisen, die ihr noch lau gegenüberstehen, ins Leben zu rufen und in Fluss zu bringen, wo dieselbe bereits besteht, sie zu kräftigen. Sie will diesen Zweck erreichen durch Ausbildung ihrer Mitglieder auf gewerkschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet und durch Abhaltung öffentlicher Versammlungen, in welchen über gewerbliche und wirtschaftliche Fragen beraten werden soll.

Da diese Kommission ausschließlich aus sozialdemokratischen Agitatoren zusammengesetzt ist, welche in den Gewerkschaften gewählt worden sind, so muss daraus gefolgert werden, dass die vollständige Überführung der Gewerkschaftsbewegung in das sozialdemokratische Lager teils geschehen ist teils noch bewirkt werden soll.

Zur Erweiterung dieses Gedankens ist man unablässig bemüht gewesen, immer neue Vereine ins Leben zu rufen. Die Agitatoren haben dabei in geschickter Weise sogar bewirkt, dass sich Personen zu einem Verein zusammenschlossen haben, die aus eigener Initiative niemals an die Gründung eines solchen gedacht haben würden. In dieser Beziehung ist namentlich zu erwähnen der Verein der nichtgewerblichen Arbeiter und derjenige der Elbearbeiter. Der Versuche des Vorstandes des Letzteren, die sozialdemokratischen Agitatoren abzuschütteln, ist an der Beharrlichkeit derselben gescheitert. Der Vorstand wurde abgesetzt, und der Verein hierdurch völlig dienstbar gemacht.

Bei allen diesen Agitationen legten die Führer das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht offen dar, sondern verschleierten, um die Anhängerzahl möglichst zu erweitern, die Endziele ihrer Partei mehr als bisher üblich, ja sie stellten diese Endziele geradezu in Abrede. Es gilt dies namentlich dem Institut der Ehe gegenüber, deren Bestand nach den neuesten Auseinandersetzungen im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht in Frage gestellt werden soll. Auch versucht man, die Verteilung des Privateigentums in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen, als das sozialdemokratische Programm es ausspricht. Überhaupt haben die hier aufgetretenen Führer es versucht, die Sozialdemokratie als harmlos hinzustellen und ihren revolutionären Charakter zu leugnen, indem sie sich bei ihren Erörterungen allerhand Verdrehungen zu Schulden kommen ließen. Es wurde betont, dass die erstrebte Umwälzung auf friedlichem Wege vor sich gehen solle; allerdings mit dem Zusatze, dass die gegenwärtig herrschende Gewalt es lediglich in ihrer Hand habe, ob man auf diesem Wege zum Ziele kommen würde. In schroffem Gegensatz zu diesen Ausführungen stehen die Reden, die in den hiesigen zahlreichen sozialdemokratischen Versammlungen vor der Festsetzung des Wahltermines gehalten sind. In denselben ist fast immer der wahre Charakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen. Es ist wiederholt mit Nachdruck hervorgehoben worden, dass, wie man sich ausdrückte, „der dröhnende Schritt der Arbeiter-Bataillone“ in nicht allzu ferner Zeit das morsche Gebäude der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ins Wanken bringen, und das Kapital bald abgewirtschaftet haben werde.

Derartige Auslassungen wurden von den Anwesenden stets mit Jubel aufgenommen – ein Beweis dafür, dass auch breitere Massen das Vorgehen der Agitatoren gut heißen und eine Besserung ihrer Lage von der Zukunft erwarten, welche die Sozialdemokratie ausmalt, wenn sie auf die Wahlbewegung keine Rücksicht zu nehmen hat.

Von den Gesetzen der staatlichen Sozialreform ist namentlich das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung<sup>2</sup> den heftigsten Angriffen ausgesetzt gewesen. Man versucht, den Massen klar zu machen, dass in ihm weiter nichts als eine verbesserte Armenpflege zu erblicken sei, zu deren Kosten der Arbeiter am meisten beitragen müsse.

Allgemein sind die hiesigen Führer der Ansicht, dass der gegenwärtigen Regierung jeder gute Wille abgehe, eine durchgreifende Veränderung zu Gunsten der Arbeiter herbeizuführen. Den jüngsten Erlassen Sr. Majestät des Kaisers und Königs<sup>3</sup> stehen auch die hiesigen Sozialdemokraten achselzuckend gegenüber. Sie haben dieselben als lediglich auf die Wahlen berechnet darzustellen gesucht und ihren Eindruck mit der Bemerkung abgeschwächt, dass man sich nicht irre machen lassen solle, das Kapital würde doch die Oberhand behalten wollen; außerdem hätten die Erlasse genug Hintertüren, so dass für die Arbeiter schließlich nur wenig von denselben zu erwarten sei.

Der Abgeordnete LIEBKNECHT<sup>4</sup> hat gelegentlich seines Aufenthalts hierselbst in einer Zusammenkunft hiesiger Vertrauensleute die in Aussicht genommenen Maßregeln der Regierung erwähnt. Er hat zum Ausdruck gebracht, dass es vielleicht der Energie Seiner Majestät des Kaisers gelingen könne, bessere Zustände für die Arbeiter herbeizuführen, und mit diesem Umstand müsste schon jetzt gerechnet und die Agitation entsprechend eingerichtet werden. In der Wahlversammlung vom 17. Januar 1890 sagte derselbe Agitator, dass die Sozialdemokratie der Überzeugung sei, dass keine Macht der Erde im Stande sei, die angestrebte soziale Umwälzung aufzuhalten. Ob diese sich auf blutigem oder unblutigem Wege vollziehen werde, lasse sich heute noch nicht mit Sicherheit sagen.

Den Berufsgagitatoren kommt es eben nur auf eine planmäßige Verhetzung der Arbeiter an. Die bestehenden Gesetze geben aber kein Mittel an die Hand, dieser Verderben bringenden Tätigkeit mit Erfolg zu begegnen.

Von einer geheimen Organisation ist in der jüngsten Zeit im Polizeibezirk kaum noch etwas zu bemerken gewesen. Dieselbe ist reichlich durch die ausgebildete Gewerkschaftsorganisation ersetzt worden, in welcher die Arbeiter zunächst gelernt haben, sich solidarisch zu fühlen und dementsprechend zu handeln. Letzteres ist namentlich zum Ausdruck gekommen bei den verschiedenen Streiks hier und in anderen Städten. Notwendige Unterstützungen für andere im Ausstand befindliche Gewerke wurden vielfach beschlossen und bereitwilligst aufgebracht. Jeder Streik ist aber zur sozialdemokratischen Propaganda verwendet worden.

<sup>2</sup> Im Reichstag wurde ein Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung eingebracht, das schließlich am 24. Mai 1889 gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen wurde.

<sup>3</sup> Im Februar 1890 – unmittelbar vor den Wahlen – wurden zwei kaiserliche Botschaften („Februarerlasse“) veröffentlicht, in denen der Ausbau des Arbeiterschutzes angekündigt wurde.

<sup>4</sup> Wilhelm LIEBKNECHT (1826-1900): Lehrer aus Gießen, beteiligte sich an der Revolution 1848/49 in Paris und Baden, in den 1850er Jahren schloss er sich im Schweizer Exil der Arbeiterbewegung an und gehörte in Deutschland zu den Begründern der Sozialdemokratie.

Zur Durchführung von Streiks zu Gunsten der Arbeiter wurden fortgesetzt Maßregeln getroffen, die zunächst dem Streik dienen, aber noch gleichzeitig die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Propaganda erkennen lassen sollen. Dies wird namentlich bewerkstelligt durch die Verteilung von Fragebögen, auf welchen diejenigen Punkte zur Erörterung gelangen, welche zur Verbesserung in Vorschlag gebracht werden. Bestehende Lohnkommissionen stellen Tarife auf, welche für die Arbeitgeber maßgebend sein sollen. Durch die Errichtung von Arbeitsnachweis-Büros versucht man es, die Arbeitgeber von den Arbeitern in der Weise abhängig zu machen, dass man die Arbeitsucher zwingt, nur bei denjenigen zu arbeiten, die sich der Vermittlung des Arbeitsnachweis-Büros bedienen. Durch die Errichtung des letzteren will man gleichzeitig einem zu starken Angebot entgegenzutreten können.

Die Mittel für eventuelle Streiks sind in den zentralisierten Vereinen meist reichlich bereit gestellt. Andere Vereinigungen, namentlich die der Bauhandwerker, helfen sich durch Gründung von Generalfonds.

Bei den in letzter Zeit vorgekommenen Arbeitseinstellungen ist es zu nennenswerten Ausschreitungen nicht gekommen. Dieselben waren auch hinsichtlich ihres Erfolges für die Arbeiter nur von geringer Bedeutung. Es liegt dies zum großen Teil an der ungenügenden Vorbereitung und an der noch teilweise vorhandenen Uneinigkeit, welche zu beseitigen man eifrig bemüht ist.

Die in den Gewerkschaften bestehende Gärung ist das Produkt der sozialdemokratischen Agitation, die bestrebt ist, diese Gärung zu erhalten und ihr fortgesetzt neue Nahrung zuzuführen. Dies geschieht namentlich durch die Verbreitung der Fachzeitungen, deren Redakteure fast ausschließlich sozialdemokratische Agitatoren sind.

Im Polizeibezirk werden gegenwärtig gelesen von den Bauhandwerkern, den nichtgewerblichen Arbeitern und den Elbearbeitern das in *Braunschweig* erscheinende von dem Baumeister KEBLER<sup>5</sup> hierselbst redigierte „*Vereinsblatt*“, von den Formern, Metallarbeitern und Berufsgenossen die von GRILLENBERGER<sup>6</sup> in *Nürnberg* herausgegebene „*Metallarbeiterzeitung*“, von den Tischlern und verwandten Berufsgenossen die bei Dietz in *Hamburg* erscheinende „*Neue Tischlerzeitung*“ und von den Schuhmachern und sonstigen Lederarbeitern die von BOCK<sup>7</sup> in *Gotha* redigierte „*Schuhmacherzeitung*“. Neben den Fachzeitungen werden hierselbst gelesen „*Die Arbeiter-Chronik*“, die „*Berliner Volkstribüne*“ und das „*Berliner Volksblatt*“, welche die politische Bildung der Arbeiter im Sinne der Sozialdemokratie anstreben und in der Ausführung des sozialdemokratischen Programms bis dicht an die Grenze der Strafbarkeit herantreten. Das hierselbst in etwa 200 Exemplaren zur Verbreitung kommende Parteiorgan „*Der Sozialdemokrat*“ hat bis jetzt nicht aufgehört die Revolution in den aufreizendsten Erörterungen zu predigen. Gegen die bestehende Regierung und deren Organe ergeht sich das Blatt nur in Auslassungen der gemeinsten und rohesten Art. Die Nr. 10 des „*Sozialdemokrat*“ vom 8. März 1890 ist aus Anlass der letzten Reichstagswahl als Festnummer auf rotem Papier hergestellt worden. In derselben wird in einem längeren Leitartikel, den Wahlerfolg betreffend, darauf hingewiesen, „dass die Sozialdemokratie von heute auf den Schultern der Chartisten<sup>8</sup> der dreißiger und vierziger Jahre, auf den Schultern der Barrikadenkämpfer von 1848<sup>9</sup> und der Kommunehelden von 1871<sup>10</sup> stehe.“ Es ist wohl anzunehmen, dass diese Auslassungen die Ansicht von BEBEL<sup>11</sup> und LIEBKNECHT wiedergeben. Alle anderen gemäßigten Auslassungen, von denen oben die Rede war, sind lediglich der Zeit und den Verhältnissen angepasst.

Die Mittel, welche der hiesigen Sozialdemokratie zur Verfügung stehen, sind gegenwärtig trotz der Wahlkosten erheblich.

Wie sich die Demonstrationen am 1. Mai d. J. gestalten werden, lässt sich noch nicht übersehen.

Neun Versammlungen sind in den letzten 6 Monaten auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst worden. Sonstige Anwendung hat dieses Gesetz nicht gefunden.

Ein sozialdemokratischer Führer ist wegen Majestätsbeleidigung, die er in einer öffentlichen Versammlung begangen hatte, mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden. Einem anderen, vor einigen Wochen aus dem Gefängnis entlassenen Agitator<sup>12</sup> bereiteten die Sozialdemokraten hier am Bahnhof einen demonstrativen Empfang. Seine Familie wurde während seiner neunmonatlichen Abwesenheit reichlich unterstützt.

Geldsammlungen fanden hierselbst statt für die Familie des verstorbenen HASENCLEVER<sup>13</sup>, für den Elberfelder Sozialistenprozess<sup>14</sup> und für den allgemeinen Agitationsfonds.

<sup>5</sup> Gustav KEBLER (1832-1904): Zimmermann aus Tilsit, später Regierungsbaumeister in Berlin. Zunächst Anhänger der (liberalen) Fortschrittspartei, wurde er 1884 Mitbegründer der Organisation der Maurer Deutschlands und später Mitglied der Sozialdemokratie. Unter dem Sozialistengesetz mehrfach ausgewiesen und emigrierte von Ort zu Ort. Ende der 1880er Jahre hielt er sich auch eine Zeitlang in Magdeburg auf.

<sup>6</sup> Karl GRILLENBERGER (1848-1897): führender Nürnberger Sozialdemokrat, Redakteur und Reichstagsabgeordneter.

<sup>7</sup> Wilhelm BOCK (1846-1931): Schuhmacher aus Großbreitenbach (Thüringen), 1873 Vorsitzender der internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher. Herausgeber und Redakteur div. Gewerkschafts- und sozialdemokratischer Blätter. 1890-1893 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Magdeburg.

<sup>8</sup> Die Chartistenbewegung war eine radikal-reformistische Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts in England. In sogenannten „People's Charter“ wurden Forderungen (wie z.B. für ein allgemeines Wahlrecht, Arbeiterschutzgesetze ...) aufgestellt.

<sup>9</sup> Revolution von 1848/49: Gegen die Restaurationstendenzen der reaktionären Herrscherhäuser Europas gerichtete, vorrangig bürgerlich-demokratische Ziele verfolgende Revolution, in Deutschland blutig niedergeschlagen.

<sup>10</sup> Pariser Kommune: 1871 Aufstand der Pariser Arbeiter gegen den Versuch der frz. Regierung, die Nationalgarde angesichts der vor den Toren Paris' stehenden dt. Truppen zu entwaffnen, während der einige sozialistische Umwälzungen in Angriff genommen worden waren.

<sup>11</sup> August BEBEL (1840-1913): Drechsler aus Wetzlar, Mitbegründer und langjähriger Parteivorsitzender der deutschen Sozialdemokratie.

<sup>12</sup> Es handelt sich hier um den Zimmerer und führenden Gewerkschafter Adolf SCHULTZE aus Magdeburg.

<sup>13</sup> Wilhelm HASENCLEVER (1837-1889): Gerber aus Arnsberg (Westfalen), führendes Mitglied des Lassalleianischen ADAV und der SAPD, Reichstagsmitglied – mit Unterbrechungen – von 1869 bis 1888, Redakteur mehrerer sozialdemokratischer Blätter.

Ausschreitungen gelegentlich der diesjährigen Wahl sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Die Führer haben zur Ruhe ermahnt, und es erregt Staunen, in welcher Weise die Massen den Führern gehorchen.

Der Polizei-Präsident

Keßler

Quelle: [www.geschichtevonunten.de](http://www.geschichtevonunten.de)  
Zuletzt aktualisiert: 02.10.2010

---

<sup>14</sup> Elberfelder Sozialistenprozess: Vom 18. November bis zum 30. Dezember 1889 fand der insgesamt größte und längste Prozess unter dem Sozialistengesetz gegen 87 Sozialisten, darunter Bebel, wegen „Geheimbündelei“ statt. 44 von ihnen wurden zu z.T. mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.